

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 36/0200/WP18-1
Federführende Dienststelle: FB 36 - Fachbereich Klima und Umwelt		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 10.01.2023
		Verfasser/in:
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 13.09.2022 (öffentlicher Teil)		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
31.01.2023	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 13.09.2022 (öffentlicher Teil)

Anlage/n:

Niederschrift vom 13.09.2022 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

22. November 2022

Sitzungstermin:	Dienstag, 13.09.2022
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:35 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Jöran Stettner

Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Jörg Bogoczek

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsherr Holger Kiemes

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Henning Nießen

Ratsfrau Dr. Heike Wolf

Ratsfrau Ellen Begolli

Vertretung für: Herrn Dr. Andreas
Nositschka

AUK/13/WP18

Ausdruck vom: 24.01.2023

Seite: 1/21

Herr Ralf Demmer
Frau Dr. Anja Fitter
Herr Gero Matthias Schuch
Frau Barbara Stockem
Herr Safi Özbay
Herr Rolf Schumacher
Frau Martha Heinen
Herr Reiner Nerlich

von der Verwaltung:

Herr Heiko Thomas, Dez. VII
Herr Klaus Meiners, FB 36/000
Herr Dr. Daniel Kelterbaum, FB 36/700
Herr Jochen Lowis, Fb 36/700
Herr Dr. Gerd Krämer, FB 36/600
Herr Andreas Bierfert, FB 37/200
Herr Peter Sellung, FB 37

als Schriftführerin:

Frau Andrea Milobara, FB 36/401

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 16.08.2022**
Vorlage: FB 36/0196/WP18

AUK/13/WP18

Ausdruck vom: 24.01.2023

Seite: 2/21

- 3 **Interimsfeuerwache - Darlegung des notwendigen Flächenbedarfs zur Erfüllung des Schutzzieles 1, sowie mögliche Alternativen zum Standort "Eismännchen" - Antrag der SPD-Fraktion zur Tagesordnung AT 142B/22**
Vorlage: FB 37/0011/WP18

- 4 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen, Haushaltsjahr 2022; Produkt 021503, Abwehr von Großschadensereignissen: Warnsystem Aachen, Beschaffung von Sirenen**
Vorlage: FB 37/0012/WP18

- 5 **Bericht der NABU Naturschutzstation Aachen e.V.**
Vorlage: FB 36/0187/WP18

- 6 **Sachstandsbericht FLIP-Projekt**
Vorlage: FB 36/0194/WP18

- 7 **Städtische Baumbilanz- mündlicher Zwischenbericht**
Vorlage: FB 36/0190/WP18

- 8 **Ortsmitte Alt-Richterich;**
hier: Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und weitere Vorgehensweise
Vorlage: FB 61/0460/WP18

- 9 **Mündlicher Bericht Gaslieferkrise**
Vorlage: FB 36/0195/WP18
- 10 **Beschleunigter Ausbau Windenergie**
Vorlage: FB 36/0192/WP18
- 11 **Fortführung und Umsetzung des Klimafolgenkonzepts sowie Sachstandsbericht**
Vorlage: FB 36/0193/WP18
- 12 **Umsetzung Integriertes Klimaschutzkonzept IKSK: Ausbau Solaranlagen (IKSK 2.1)**
Vorlage: FB 36/0188/WP18
- 13 **European Energy Award - Vorbereitung der externen Zertifizierung 2023**
Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2023-2026
Vorlage: FB 36/0189/WP18
- 14 **Umgestaltung des Spielplatzes Stettiner Straße**
Überplanmäßige Mittelbereitstellung oberhalb der Erheblichkeitsgrenze gemäß § 83 GO NRW
Vorlage: FB 36/0197/WP18
- 15 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Lürken begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Sie vereidigt den sachkundigen Bürger der Fraktion Die Zukunft, Herrn Tom Schumann.

Frau Lürken weist darauf hin, dass der TOP 6 im öffentlichen Teil „Sachstandsbericht FLIP-Projekt“ auf die nächste Sitzung verschoben werden müsse, da es mit der Vortragenden, Frau Roß-Nicoll von der RWTH Aachen, zu Missverständnissen hinsichtlich des Termines gekommen sei. Ebenfalls gibt Frau Lürken bekannt, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil kurzfristig um den TOP 14 „Umgestaltung des Spielplatzes Stettiner Straße“ sowie im nichtöffentlichen Teil um den TOP 2 „Beschleunigter Ausbau Windenergie, hier: Anträge auf Vorbescheid nach § 9 BIMSCHG“ habe ergänzt werden müssen. Herr Demmer weist darauf hin, dass ihm die Niederschrift der letzten Sitzung nicht per Post zugesandt worden sei und beantragt daher, die Genehmigung der Niederschrift auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Beschluß:

Der AUK beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung die Änderung der Tagesordnung.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 16.08.2022

Vorlage: FB 36/0196/WP18

Die Genehmigung der Niederschrift wird auf die kommende Sitzung verschoben.

zu 3 Interimsfeuerwache - Darlegung des notwendigen Flächenbedarfs zur Erfüllung des Schutzzieles 1, sowie mögliche Alternativen zum Standort "Eismännchen" - Antrag der SPD-Fraktion zur Tagesordnung AT 142B/22

Vorlage: FB 37/0011/WP18

Herr Andreas Bierfert, FB 37/200, erläutert die beabsichtigte Maßnahme ausführlich.

Frau Dr. Wolf dankt der Verwaltung für die Vorlage, aus welcher die Zusammensetzung des geforderten Flächenbedarfs detailliert hervorgehe. Sie zweifelt dennoch die Flächengröße von 2.000 m² an. Sie weist darauf hin, dass es bei der vorliegenden Planung lediglich um die Nutzung für ein paar Jahre gehe und dies keiner 1:1-Umsetzung bedürfe. Sie fordert, dass die Errichtung der Interimswache 2023 erfolge. Man müsse aufpassen, dass die Planung nicht so viel Zeit in Anspruch nehme.

Herr Bierfert erwidert, dass die Planung bereits angepasst worden sei. Die Anzahl der zunächst geforderten 25 Stellplätze sei reduziert worden. Ebenfalls sei die Planung hinsichtlich der Geschoßhöhe aufgeweicht worden. Hinsichtlich der Ausbildungskapazität könne man ebenfalls eine Reduzierung in Kauf nehmen, falls der gewählte Standort dies nicht hergebe. Herr Bierfert weist ebenfalls darauf hin, dass es sich bei der Flächengröße von 2.000 m² nur um eine Schätzung handle.

Herr Kienes zeigt sich verärgert darüber, dass entgegen der Aussage in der Sitzung des AUK im August 2022 nun doch weitere Standorte außer der des Eismännchens in Frage kämen und geprüft würden. Er bedauert, dass dies nicht von Anfang an so kommuniziert worden sei. Er betont, dass es sich bei der Interimswache lediglich um eine Zwischenlösung handeln solle, welche zum Schutz der Bürger geschaffen werden müsse. Daher sei die Verhältnismäßigkeit auch hinsichtlich des Flächenverbrauchs kritisch zu betrachten. Er schlägt an dieser Stelle die Inanspruchnahme von Containern anstatt der Errichtung eines Gebäudes vor und verweist auf andere Städte mit dieser Zwischenlösung. Aus Sicht des Herrn Kienes müsse man an dieser Stelle offen für Ideen sein. Ggf. wäre es auch möglich, die Interimswache nur tagsüber in Anspruch zu nehmen und dadurch Platz einsparen zu können; nachts wäre auch eine Anfahrt in den Aachener Süd-Westen durch den geringeren Straßenverkehr in der geforderten Zeit möglich. Herr Kienes weist darauf hin, dass der durch die Verwaltung formulierte Beschlussvorschlag nicht im Sinne des AUK ist und liest an dieser Stelle einen geänderten Beschlussvorschlag vor.

Frau Brinner bedankt sich für die ausführliche Darstellung der Bedarfe. Das bereits angesprochene Problem werde auch seitens der Grüne-Fraktion gesehen. Man wünsche sich schnellstmöglich ein Provisorium und keine 5. Feuerwache. Dieses müsse kurzfristig, innerhalb der nächsten 1 bis 2 Jahre, so einfach wie möglich, fertig gestellt werden. Dem geänderten Beschlussvorschlag des Herrn Kienes kann sie sich nicht anschließen und wünscht hier einen Kompromiss.

AUK/13/WP18

Ausdruck vom: 24.01.2023

Seite: 6/21

Frau Begolli führt aus, dass durch FB37 plausibel dargestellt worden sei, was benötigt wird. Allerdings verweist auch sie darauf, dass die Umsetzung möglichst zeitnah erfolgen müsse. Sie plädiert dafür, dass der Standort Heidbendenstraße wieder aus der Betrachtung herausgenommen werden sollte. Hier seien bekanntlich derzeit Flüchtlinge untergebracht und sie rechne für den Winter mit einem Anstieg der Flüchtlingszahlen; die Aufgabe des Standortes zu diesen Zwecken halte sie für fatal. Sie weist ebenfalls darauf hin, dass das Eismännchen in der Vergangenheit bereits an einem anderen Standort als an dem Standort Siegel untergebracht gewesen sei und man auch jetzt für das Eismännchen vorübergehend einen neuen Standort finden könne. Hier solle der Fokus anders gesetzt und die Diskussion über den Standort anders geführt werden.

Frau Dr. Wolf kann sich sowohl dem durch die Verwaltung formulierten Beschlussvorschlag als auch dem durch die CDU-Fraktion formulierten Änderungsvorschlag nicht anschließen und wünscht an dieser Stelle einen Kompromiss. Sie bringt zum Ausdruck, dass die Anforderungen an den Arbeits- und Gesundheitsschutz auf jeden Fall einzuhalten seien und hier keine Abstriche möglich seien. Sie könne sich allerdings eine 3-etagige Containerlösung vorstellen. Ebenfalls bittet sie darum, den Standort Heidbendenstraße nicht aus der Betrachtung herauszunehmen; die Flüchtlingsentwicklung sei nicht absehbar und man könne hier bei Bedarf auch kurzfristig reagieren. Es sei wichtig, planungsrechtliche Ausnahmegenehmigungen zu ermöglichen. Frau Dr. Wolf erwartet Ende des Jahres eine Standortentscheidung.

Herr Demmer schließt sich seinen Vorrednern an.

Herr Stettner ist der Meinung, dass der Beschlussvorschlag allgemeiner formuliert werden sollte. Wichtig sei, dass aus dem Beschluss die Dringlichkeit der Maßnahme deutlich hervorgehe.

Herr Kiemes weist darauf hin, dass der Bedarf der Interimsfeuerwache unbestritten sei. Es stelle sich nur die Frage, wie dies gelöst werde. Auch aus seiner Sicht stehe der Arbeits- und Gesundheitsschutz außer Frage. An dieser Stelle stellt er die Frage, wer rechtlich dafür zur Verantwortung gezogen würde, wenn ein Schadenfall infolge der schlechten Erreichbarkeit eintrete.

Herr Thomas erwidert, dass eine eindeutige Schuldzuweisung bei Eintritt eines Schadenfalls vermutlich nicht möglich sei (Kollektivschuld). Hinsichtlich des Verfahrens gibt er bekannt, dass aufgrund der Höhe der Ausschreibungssumme in der bisher angedachten Bauweise auf jeden Fall eine EU-weite Ausschreibung erfolgen müsse. Aus dem Beschluss des AUK solle deutlich erkennbar sein, wohin die Verwaltung geschickt werde. Hinsichtlich der Inanspruchnahme von Containern teilt er mit, dass diese nach Aussage des Gebäudemanagements derzeit nicht verfügbar seien und man eventuell mit langen Wartezeiten rechnen müsse. Er sagt zu, dass die Verwaltung versuchen werde, bis zur nächsten Sitzung des Planungsausschusses, einen konkreten Standort zu benennen.

Herr Bierfert gibt bekannt, dass eine Containerlösung auch im Sinne der Feuerwehr sei, man jedoch nach einer kurzfristigen, pragmatischen Lösung suchen müsse.

Nach Auffassung von Frau Lürken, sind sämtliche Redebeiträge nachvollziehbar. Da der Beschlussvorschlag weiterhin offen ist, unterbricht Frau Lürken die Sitzung an dieser Stelle und bittet um Formulierung eines Beschlussvorschlages, der zur Abstimmung kommen kann.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und bestätigt die dringende Notwendigkeit der Erfüllung der nach Brandschutzbedarfsplan und Rettungsdienstbedarfsplan durch den Rat festgelegten und rechtlich normierten Schutzziele im Aachener Stadtgebiet.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung schnellstmögliche und pragmatische Optionen für eine Interimslösung zur Erreichung der Schutzziele zu erarbeiten, z.B. durch modulare Containerbauweise und die Prüfung von planungsrechtlichen Sondergenehmigungen.

Für den nächste Sitzung des AUK und PLA wird um einen Bericht gebeten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 4 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen, Haushaltsjahr 2022; Produkt 021503, Abwehr von Großschadensereignissen: Warnsystem Aachen, Beschaffung von Sirenen Vorlage: FB 37/0012/WP18

Herr Kiemes erkundigt sich danach, ob die durch die überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 94.000,00 € zum Produkt 021503 -Abwehr von Großschadensereignissen- andere Anschaffungen hintenanstehen müssten. Herr Bierfert erwidert, dass bedingt durch Corona nicht so viele Anschaffungen getätigt worden seien und insofern noch ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung ständen.

Herr Kiemes befürchtet, dass das Cell Broadcast System, mit welchem viele Menschen schnell und zeitgleich vor Katastrophen und Notfällen via Push-Nachricht auf ihr Handy gewarnt werden sollen und

welches bald installiert würde, im Grenzgebiet durch die verschiedenen Mobilnetze nicht funktionieren und bittet an dieser Stelle, dies zu beachten.

Herr Bierfert bestätigt, dass sich das Warn-System derzeit in Erprobung befinde und im Dezember getestet werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, seine Zustimmung zur Genehmigung überplanmäßigen Auszahlungen i.H. von 94.000 € zum Produkt 021503 – Abwehr von Großschadensereignissen – zur Beschaffung von Sirenen zur Warnung der Bevölkerung in der Stadt Aachen zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 5 Bericht der NABU Naturschutzstation Aachen e.V.

Vorlage: FB 36/0187/WP18

Herr Dr. Aletsee, Leiter der NABU-Naturschutzstation, berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über verschiedene Projekte der NABU-Naturschutzstation. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau Brinner bedankt sich für den Vortrag und lobt die Arbeit der NABU-Naturschutzstation und die dadurch resultierende Förderung des lokalen Naturschutzes. Die Arbeit sei wichtig, um der Zerstörung des natürlichen Lebensraums entgegenzuwirken. Der Schutz und auch die Wiederherstellung des natürlichen Lebensraums könne, anders als beim Klimaschutz, nicht nur global, sondern auch lokal erfolgen. Sie erkundigt sich danach, inwiefern die Politik die Arbeit der Naturschutzstation unterstützen könne.

Herr Dr. Aletsee bedankt sich für das Lob und wird dieses gerne an seine Mitarbeiter weitergeben. Er gibt bekannt, dass seitens der unteren Naturschutzbehörde bereits eine starke Unterstützung erfolge. Eine personelle Aufstockung sei gerade in Planung. Die angemieteten Räumlichkeiten im Preusweg seien allerdings sehr klein und es fehle insbesondere an Lagerräumen. Bei der Ausschau nach größeren Immobilien habe man festgestellt, dass eine Anmietung aufgrund hoher Mieten nicht zu finanzieren sei.

Frau Dr. Wolf bedankt sich ebenfalls für die Arbeit der NABU-Naturschutzstation und richtet ihren Dank insbesondere an die ehrenamtlichen Helfer. Sie regt eine Besichtigung der Projekte vor Ort an. Ebenfalls nimmt sie Bezug auf das FLIP-Projekt „Blütenparadies“ und erkundigt sich danach, ob hier eine Abstimmung bzw. Zusammenarbeit erfolge. Herr Dr. Aletsee begrüßt eine Exkursion. Als mögliche Exkursions-Orte nennt er den Freyenter Wald oder Orsbach. Er weist an dieser Stelle auf neue Flyer hin, welche er zu Beginn der Sitzung an alle Anwesenden verteilt habe. Das FLIP-Projekt „Blütenparadies“ beziehe sich eher auf innerstädtische Standorte. Eine Abstimmung erfolge laut Auskunft von Herrn Dr. Aletsee dennoch.

Frau Lürken ist der Auffassung, dass eine Exkursion auch im Herbst möglich sei und schlägt daher eine Exkursion ins Indetal vor der nächsten Sitzung (08.11.) vor.

Auch Herr Kiemes bedankt sich für die Arbeit der NABU-Naturschutzstation. Naturschutzmaßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt hätten große Bedeutung. Diese Arbeit wüssten auch die Bürger zu schätzen. Ihm sei jedoch aufgefallen, dass der Bezirk Eilendorf nicht im Biotop-Verbund zu finden sei und erkundigt sich nach den Gründen. Dazu gibt Herr Dr. Aletsee bekannt, dass dies bedingt durch die Siedlungsdichte im Bereich Eilendorf und auch in Haaren sei. In beiden Bezirken sei eine flächige Bebauung zu finden. Die Arbeit der NABU-Naturschutzstation konzentriere sich überwiegend auf den Außenbereich.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht des Geschäftsführers der NABU Naturschutzstation Aachen e. V. zur Kenntnis.

zu 6 Sachstandsbericht FLIP-Projekt

Vorlage: FB 36/0194/WP18

Der Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Sitzung verschoben (siehe Beschluss über die Änderung der Tagesordnung).

zu 7 Städtische Baumbilanz- mündlicher Zwischenbericht

Vorlage: FB 36/0190/WP18

Herr Meiners stellt die vorläufige Baumbilanz anhand einer Power-Point-Präsentation dar, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Im Rahmen des Projektes „Grüne Lunge“ seien durch den Fachbereich Klima und Umwelt 2021/2022 viele Bäume gepflanzt worden, dennoch zeige sich eine negative Bilanz.

Herr Thomas macht deutlich, dass er mit der Bilanz nicht zufrieden sei. Es seien substantielle Veränderungen erforderlich. Wichtig sei es nun, eine Struktur zu schaffen, die es ermögliche, eine ausgeglichene Baumbilanz hervorzubringen. Diese Struktur müsse dauerhaft und generationengerecht aufgebaut werden. Herr Thomas hoffe, dazu zeitnah eine entsprechende Vorlage vorlegen zu können.

Herr Neumann findet den Bericht sehr ernüchternd. Seiner Meinung nach dürfe die Schaffung einer positiven Baumbilanz nicht aus finanziellen Gründen scheitern. Es sei wichtig, eine städtische Schnittstelle (Baumkataster) zwischen E 18 und FB 36 zu schaffen. Er bemängelt, dass der Informationsfluss nicht gegeben sei und fordert, dass die Öffentlichkeit besser informiert werde. Herr Neumann räumt ein, dass die Bewässerung der Straßenbäume während Trockenperioden schwierig sei. Er erkundigt sich an dieser Stelle danach, ob es ggfls. möglich sei, den Bürgern Zugang zu Hydranten zu geben, so dass auf diesem Wege eine Unterstützung bei der Bewässerung erfolgen könne.

Auch Herr Schumacher zeigt sich sehr erschrocken über den Bericht der Verwaltung. Er befürchtet, dass die Entwicklung infolge der Trockenheit auch in Zukunft so weitergehe und möchte wissen, wie die Verwaltung damit umgehe.

Frau Dr. Wolf erkundigt sich danach, ob bereits die Beschaffung von Geräten und auch Fahrzeugen in die Wege geleitet worden sei, die für Neupflanzungen notwendig seien. Hinsichtlich der Bewässerung erkundigt sie sich danach, ob diese nur bei jungen Bäumen geregelt sei oder ob auch die Wässerung älterer Bäume erfolge. Dazu gibt Frau Savelsbergh bekannt, dass hinsichtlich der Baumpflanzungen seitens des Stadtbetriebes Konzepte erstellt worden seien. Hier sei jedoch zunächst die Aufstellung des Wirtschaftsplanes erforderlich, bevor begonnen werden könne. Bei der Beschaffung von Maschinen bestehe derzeit eine Vorlaufzeit von ca. 2 Jahren.

Frau Brinner führt aus, dass es wichtig sei, ein Konzept für städtische Baumpflanzungen aufzubauen. Hier müsse seitens des AUK ein klarer Auftrag an E 18 erfolgen. Eine Fremdvergabe sei an dieser Stelle

nicht das Mittel der Wahl. Sie erkundigt sich danach, ob im Rahmen der Klimakrise auch bereits andere Bewässerungssysteme, wie sie bereits in Südeuropa angewendet werden, geprüft worden seien.

Herr Kiemes führt aus, dass die Baumbilanz bereits häufig Thema gewesen sei. Aus seiner Sicht werde das Thema in der Verwaltung ernsthaft angegangen. Er vertraue der Verwaltung bei der Konzeptionierung.

Frau Begolli zeigt sich erschrocken über die negative Baumbilanz. Aus ihrer Sicht seien bisher noch nicht die Strukturen geschaffen worden, die dies ändern könnten. Die Projektidee „10.000 neue Stadtbäume“ stehe bereits seit Jahren im Raum. Sie vermisse hier aber weiterhin die Schaffung von Strukturen, um dies zu realisieren. Sie weist darauf hin, dass die Politik hinter den Maßnahmen stehe und es daher kein finanzielles Problem darstellen könne.

Frau Lürken fordert, dass seitens der Verwaltung für die Novembersitzung eine detaillierte Vorlage erstellt werde. Das Thema der Bewässerung solle mit aufgenommen werden.

Frau Brinner fordert, dass der AUK über diese Vorlage einen Beschluss fasst.

Herr Neumann gibt zu bedenken, dass die nächste Sitzung des AUK erst nach der Aufstellung des Wirtschaftsplanes des E 18 ist und man dadurch 1 Jahr an Zeit verliere. Frau Lürken teilt mit, dass ggfls. eine Sondersitzung des AUK einzuberufen sei.

zu 8 Ortsmitte Alt-Richterich;

hier: Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und weitere Vorgehensweise

Vorlage: FB 61/0460/WP18

Herr Nießen teilt mit, dass der Vorschlag der Verwaltung mitgetragen werden könne. Es müsse versucht werden, die Neuversiegelung der Fläche so gering wie möglich zu halten. Er ist der Auffassung, dass versucht werden solle, die vorhandene Zeder zu erhalten, da ein Baum traditionell in die Dorfmitte gehöre.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klima nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss, die Verwaltung auf Basis der vorgelegten Unterlagen zu beauftragen:

- das Szenario S2+ für die Entwicklung der Ortsmitte Alt-Richterich weiter zu verfolgen und als Grundlage für den Entwurf des Bebauungsplans „Grünenthaler Straße / Gierstraße“ zu verwenden.
- die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und politische Beschlussfassung zur weiteren Entwicklung der Ortsmitte im Rahmen eines Bürger*innen-Dialogs der Öffentlichkeit vorzustellen.
- ein Prozessdesign für die nächsten Planungsschritte (Entwicklung Raumprogramm, Qualifizierungsverfahren) vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 9 Mündlicher Bericht Gaslieferkrise**Vorlage: FB 36/0195/WP18**

Herr Thomas teilt mit, dass Gespräche zwischen Verwaltung und örtlichen Wirtschaftsverbänden stattgefunden hätten, bei welchen das Ziel, 20 % Gas einzusparen, nochmals verdeutlicht worden sei. Seitens des Energiebeirates der Stadt Aachen sei ein entsprechendes Statement abgegeben worden. Er bittet darum, an diesem Punkt mitzuziehen; insbesondere in privaten Haushalten könne beispielsweise durch Reduktion der Raumtemperatur oft mehr als 20 % eingespart werden. Dies könne dazu beitragen, dass heimische Betriebe vor einer Gasmangellage geschützt würden und Arbeitsplätze erhalten blieben. Aus Sicht des Herrn Thomas habe es derzeit noch jeder Einzelne in der Hand, hier entgegenzusteuern. Er verweist auf die Diskussion über die Atomkraftwerke in Frankreich; hier würden etliche bereits abgeschaltete Atomkraftwerke kurzfristig ihren Betrieb wieder aufnehmen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 10 Beschleunigter Ausbau Windenergie

Vorlage: FB 36/0192/WP18

Herr Meiners stellt den Sachstand anhand einer Power-Point-Präsentation vor, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Stettner richtet seinen Dank an die Verwaltung. Der Antrag zur Tagesordnung sei von den Fraktionen gestellt worden, da das Thema in der Vergangenheit nicht ausreichend forciert worden sei und man versuche, dies zu beschleunigen. Er ist der Meinung, dass man einen großen Schritt in die richtige Richtung gehe und das Signal nach außen gesetzt sei, dass im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben Genehmigungen erteilt werden können. Vergaberechtlich werde die Verwaltung durch die Politik die erforderliche Unterstützung erhalten. Aus seiner Sicht solle Butterweiden so schnell wie möglich vorangetrieben werden. Gleichwohl sieht er den Antrag auf Tagesordnung als nicht behandelt an und fordert die Verwaltung auf, für die nächste Sitzung einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorzubereiten.

Herr Kiemes fügt an, dass durch den Vortrag der Verwaltung das zusammengefasst worden sei, was bereits seit längerer Zeit Wunsch des AUK gewesen sei. Aus seiner Sicht werde infolge der aktuellen Energiekrise die Akzeptanz in der Bevölkerung im Hinblick auf Schaffung von Windenergie größer. Unter Bezugnahme auf den Vortrag von Herrn Meiners erkundigt sich Herr Kiemes danach, was es bedeute, dass Anträge nach BIMSCHG nun nicht mehr zurückgestellt würden. Herr Meiners gibt dazu bekannt, dass die bisher eingegangenen Anträge auf Vorbescheid zurückgestellt worden seien, diese nun jedoch unter Zugrundelegung der neuen Gesetzgebung zu entscheiden seien. Dies betreffe auch neu eingehende Anträge. Herr Kiemes möchte wissen, ob nun jeder einen Antrag auf Errichtung einer Windenergieanlage beantragen könne und ob dies unabhängig von der Ausweisung von Konzentrationsflächen sei. Herr Meiners erwidert, dass dazu eine planungsrechtliche positive Einschätzung erforderlich sei.

Herr Thomas ergänzt, dass Interessierte sich mit der jeweiligen Rechtsgrundlage vertraut machen müssen und ein Antrag zum richtigen Zeitpunkt gestellt werden müsse. Ein Artenschutzgutachten sei auf jeden Fall zu erstellen.

zu 11 Fortführung und Umsetzung des Klimafolgenkonzepts sowie Sachstandsbericht

Vorlage: FB 36/0193/WP18

Herr Dr. Kelterbaum stellt das Klimafolgenkonzept anhand einer Power-Point-Präsentation vor, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Kiemes stellt sich die Frage, ob das Hochwasser im Sommer 2021 auch dann in der Form eingetreten wäre, wenn man vorher bereits Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt hätte. Ebenfalls stellt er die Frage, wie die Verwaltung sich auf gehäufte Hitze im Sommer in Großstädten und im Gegensatz dazu auf sehr kalte Winter vorbereite. Er fordert, dass Maßnahmen definiert werden, die den Bürger schützen.

Frau Brinner zeigt sich positiv überrascht über das vorgestellte Konzept. Sie ist der Ansicht, dass eine Änderung der Straßengestaltung nicht von heute auf morgen erfolgen könne. Sie fordert, dass bei allen Maßnahmen das Klimafolgenkonzept im Auge behalten werde. Aus ihrer Sicht sei es zum einen wichtig, einen Hitzeaktionsplan zu erarbeiten und zum anderen das Schwammstadt-Prinzip in Aachen auszubauen. Herr Dr. Kelterbaum erwidert, dass hinsichtlich des Hitzeaktionsplans bereits erste Gespräche mit dem Gesundheitsamt der Städteregion stattgefunden haben. Auch das Schwammstadt-Prinzip werde in Aachen bereits soweit möglich umgesetzt. Hier sei auch die Planung sehr daran interessiert.

Frau Dr. Wolf richtet ihren Dank im Namen aller Fraktionen an die Verwaltung. Es habe sich gezeigt, dass viel erledigt worden und auf den Weg gebracht worden sei.

Herr Schumacher fordert, die Bürger mehr in das Thema zu involvieren. Er bemängelt, dass bei Neubaugebieten nur 40 % der Maßnahmen umgesetzt würden. Hier fehle es seiner Ansicht nach an Kontrolle.

Herr Thomas fügt an, dass der jetzige Zustand aus einer Entwicklung der letzten 70 Jahre resultiere und man auch in langen Zeiträumen denken müsse, ehe eine Änderung eintrete. Er gibt zu bedenken, dass nicht alle Maßnahmen gleichzeitig umgesetzt werden können. Man befinde sich zwar auf dem richtigen Weg, aber noch nicht dort, wo man hinmöchte.

Er führt weiterhin aus, dass man nicht verhindern könne, dass Neubauten zugelassen würden, obwohl bereits vorher absehbar sei, dass dies nicht gut gehe (Hochwasser). Eine komplette Verhinderung von Klimafolgeschäden sei nicht möglich.

Herr Kiemes weist an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass der Schutz der Stadtbevölkerung vor den Klimafolgen höchste Priorität habe.

zu 12 Umsetzung Integriertes Klimaschutzkonzept IKSK: Ausbau Solaranlagen (IKSK 2.1)

Vorlage: FB 36/0188/WP18

Frau Brinner führt aus, dass der weitere Ausbau zur Umsetzung des IKSK in Form eines Solar-Unterstützungsprogramms befürwortet werde. Sie erkundigt sich danach, wo die unterstützende Beratung stattfinden soll und bittet ebenfalls um einen Zwischenbericht darüber, in welcher Höhe bis jetzt Mittel abgerufen worden seien.

Herr Lowis erwidert, dass die unterstützende Beratung bei Unternehmen und Handwerksbetrieben stattfinden werde. Hier hätten bereits entsprechende Gespräche mit der Handwerkskammer stattgefunden. Die Erstellung eines Fragebogens für in Frage kommende Unternehmen sei derzeit in Arbeit. Hinsichtlich der bereits abgerufenen Mittel gibt Herr Lowis bekannt, dass bisher 472 PV-Anlagen bewilligt worden seien mit insgesamt 915.900,00 € Fördermitteln. 300 Anträge lägen derzeit noch vor. Durch eine Personalumschichtung hoffe man, dass die noch vorliegenden Anträge bis Ende des Jahres bewilligt werden können. Die Summe der dann verausgabten Fördermittel werde ca. 1,5 Mio. € betragen. Herr Lowis fügt weiterhin an, dass die Bewilligung eines Antrages derzeit ca. 3 Monate Zeit in Anspruch nehme. Man habe daher die Satzung geändert, so dass auch vor der Bewilligung der Förderung die Maßnahme in Auftrag gegeben werden könne.

Frau Begolli erkundigt sich danach, ob anstelle einer Personalumschichtung nicht eine Personalaufstockung sinnvoll sei. Sie richtet ihren Dank an die Verwaltung, dass diese in Form der Satzungsänderung so schnell reagiert habe.

Herr Kiemes findet eine Bearbeitungszeit von 3 Monaten zu lang und erkundigt sich danach, ob die Politik bei diesem Problem unterstützen könne. Herr Meiners erwidert, dass die Verwaltung auf die Politik zukommen, wenn Hilfe benötigt würde. Zunächst wolle man versuchen, die Probleme selber zu lösen.

Frau Lürken ist der Ansicht, dass der Anreiz zur Altbausanierung erhöht werden müsse.

Beschluss:

- a) Der Ausschuss für Umwelt & Klimaschutz befürwortet ein Solar-Unterstützungsprogramm für Eigentümer*innen von Mietobjekten und für Unternehmen und empfiehlt dem Rat dieses zu beschließen.
- b) Der Ausschuss für Umwelt & Klimaschutz befürwortet die Fortschreibung des IKSK und empfiehlt dem Rat diese zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 13 European Energy Award - Vorbereitung der externen Zertifizierung 2023
Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2023-2026
Vorlage: FB 36/0189/WP18**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

AUK: Der Ausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss des energiepolitischen Arbeitsprogramms 2023 - 2026 als Grundsatzprogramm zu den geplanten energie- und klimarelevanten Aktivitäten der Stadt, vornehmlich in den Handlungsfeldern 3, 5 und 6.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 14 Umgestaltung des Spielplatzes Stettiner Straße**Überplanmäßige Mittelbereitstellung oberhalb der Erheblichkeitsgrenze gemäß § 83 GO NRW****Vorlage: FB 36/0197/WP18**

Herr Meiners führt aus, dass sich die überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Umgestaltung des Spielplatzes Stettiner Straße damit begründet, dass zum Einen Bodenuntersuchungen durchgeführt werden müssten, welche nicht in die ursprüngliche Kalkulation eingeflossen seien und zum Anderen die allgemeine Baupreiserhöhung durchschlage.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat, für die Maßnahme „Umgestaltung des Spielplatzes Stettiner Straße“ unter dem PSP-Element 5-130101-000-02900-300-1 überplanmäßige Mittel im Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 160.000,00 Euro bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 15 Mitteilungen der Verwaltung

1. Hinsichtlich des Themas „Nachhaltige ökologische Waldbearbeitung“ wurde zu Beginn der Sitzung eine Mitteilung der Verwaltung an alle Anwesenden verteilt. Herr Thomas ergänzt, dass überlegt worden sei, das Thema im Rahmen eines moderierten Prozesses anzugehen. In einer Auftaktveranstaltung, welche auf den 21.09.2022 terminiert sei, soll das weitere Vorgehen besprochen werden. Herr Dr. Krämer, Leiter des Gemeindeforstandes, bittet darum, diesen kurzfristigen Termin der Auftaktveranstaltung aufrecht zu erhalten. Es sei wichtig, dass die Waldbegehungen noch vor der Zeitumstellung erfolgen, da dies ansonsten aufgrund der im

AUK/13/WP18

Ausdruck vom: 24.01.2023

Seite: 18/21

Herbst früher eintretenden Dunkelheit problematisch werde. Er sagt zu, die Einladung zur Auftaktveranstaltung kurzfristig an den AUK weiterzugeben. Die Politik sagt zu, den Prozess unterstützen zu wollen.

2. Herr Selling, FB 37, berichtet, dass man sich dazu entschieden habe, die Bedarfspläne für den Katastrophen- und Brandschutz sowie den Rettungsdienst gemeinsam auszuschreiben. Man erhoffe sich dadurch ein besseres Produkt; die Bedarfe seien verzahnt und man erhalte einen einheitlichen Plan. Da dieser Weg ungewöhnlich sei, erfolge die frühzeitige Einbindung der Politik in das Verfahren.

3. Zu Beginn der Sitzung wurde an alle Anwesenden hinsichtlich anstehender Wiederaufforstungen im Aachener Wald eine Mitteilung der Verwaltung verteilt. Herr Meiners ergänzt hierzu, dass der Beschluss über den Forstwirtschaftsplan 2030 erst in der Dezember-Sitzung des AUK erfolgen werde. Da jedoch mit der Aufforstung von ca. 6.000 neuen Pflanzen bereits im Oktober 2022 begonnen werden müsse, bittet die Verwaltung hier um die vorzeitige Zustimmung. Die entsprechenden Haushaltsmittel stünden zur Verfügung.

Herr Nießen findet es schwierig, eine derartige Maßnahme unter dem TOP „Mitteilungen der Verwaltung“ zu beschließen. Es fehlten außerdem Informationen darüber, auf welchen Flächen gepflanzt werden solle. Herr Nießen bittet um Darstellung der Pflanzorte auf einer Karte. Herr Dr. Krämer räumt ein, dass der gewählte Weg nicht üblich sei. Es sei jedoch wichtig, mit der Maßnahme bereits am 01.10. zu beginnen, da man anderenfalls in der Forstwirtschaftsplanung in Verzug gerate.

Herr Kiemes findet die Pflanzung von 6.000 Bäumen gut und möchte dies unterstützen.

Frau Begolli findet den Weg der Verwaltung ebenfalls sehr ungewöhnlich und schlägt vor, dass solche Mitteilungen zumindest 1 – 2 Tage vor der jeweiligen Sitzung an die Fraktionen weitergegeben werden.

Frau Lürken weist darauf hin, dass eine Beschlussfassung unter „Mitteilung der Verwaltung“ nicht möglich sei und an dieser Stelle eine Dringlichkeitsentscheidung in die Wege geleitet werden müsse.